

RH regt Neuregelungen in Gesundheitsabteilungen an

Rechnungshof deckt Mängel in Gesundheitsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften auf.

Der Landesrechnungshof hat im Prüfbericht zu den Gesundheitsabteilungen der vier Bezirkshauptmannschaften (BH) eine grundlegende Änderung der Organisation und eine Neuregelung der Aufgabenverteilung angeregt. Der Bundes-Rechnungshof habe dies bereits 2000 vorgeschlagen. „Weshalb die Umsetzung nicht erfolgt ist, konnte keine der befragten Stellen beantworten“, heißt es im Bericht, den am Freitag RH-Direktor Herbert Schmalhardt in Bregenz vorstellte.

„Rahmen“ nicht optimal

Mit den Leistungen der BH-Abteilungen ist der RH zwar zufrieden, die Rahmenbedingungen seien jedoch „nicht optimal“. Als „Herausforderung“ für die Mitarbeiter sah der RH die „Vielzahl an Schnittstellen unterschiedlichster Aufgaben und rechtlicher Grundlagen“ sowie unklare Zuständigkeiten. Dazu empfahl der RH die Erarbeitung eines Handbuchs, um eine korrekte Abwicklung zu sichern.

Die Aufgaben im Gesundheitswesen entfallen auf die vier BH-Abteilungen sowie auf zwei Abteilungen im Amt der Landesregierung, „Gesundheit und Sport“ sowie „Sanitätsangelegenheiten“. Die BH-Abteilungen seien dabei nicht federführend tätig, sondern würden nur für medizinische Expertisen beigezogen. Teilweise würden diese zu wenig informiert. Dadurch werde die Arbeit der Amtsärzte „erheblich erschwert“, ortete RH-Direktor Schmalhardt ein Kommunikationsdefizit.

Die rechtlichen Grundlagen würden von den einzelnen Ebenen teils verschieden interpretiert, was dazu führe, dass das selbe Thema von jeder Gesundheitsabteilung anders gehandhabt werde. Es



RH-Direktor Herbert Schmalhardt.
PHILIPP STEURER

wurde empfohlen, einen juristischen Ansprechpartner für alle Fragen zu fixieren und die Fachaufsicht zu verstärken.

Die Landesregierung sagte in ihrer Stellungnahme zu, die Zusammenarbeit der Stellen kritisch zu prüfen. Das „Handbuch öffentlicher Gesundheitsdienst“ sei den Ländern 2010 übermittelt worden, das empfohlene Gesamtkonzept sei bereits in Ausarbeitung. Dabei würde auch die Aufgabenteilung hinterfragt. Ein einheitliches Vorgehen werde man künftig vermehrt durch schriftliche Vereinbarungen und Erlässe durchsetzen.

„Vorschläge ignoriert“

SPÖ-Gesundheitssprecherin Gabi Sprickler-Falschlunger kritisierte die Landesregierung für das ebenfalls vom RH beanstandete Fehlen von vorgeschriebenen sanitären Kontrollintervallen an den Spitälern. Der zuständige Landesrat Markus Wallner müsse schleunigst zusehen, dass die „basics der Gesundheitsversorgung: Hygiene und Patientensicherheit“ erfüllt würden. Grünen-Gesundheitssprecherin Katharina Wiesflecker erklärte, das Land ignoriere offensichtlich seit Jahren Warnungen und Vorschläge: „Eine grundsätzliche Reorganisation scheint nach diesem Bericht unumgänglich.“

12. DORNBIRNER WEISENBLASEN



Kämpfer für die Re

Die Männerpartei hat sich das Ziel gesetzt, männerspezifische Diskriminierung zu stoppen.

MARTIN BEGLE

Familienrecht und Genderdiskussionen sind bei vielen Parteien besonders vor Wahlen beliebte Themen. Diese sind jedoch nach Meinung der Männerpartei stets auf die Bedürfnisse der Frauen zugeschnitten. Dadurch würden Männer oft übervorteilt. In den 40 Jahren Frauenrechtsbewegung seien die Anliegen der Männer in Vergessenheit geraten. Hierbei Bewusstsein und Abhilfe zu schaffen sei erklärtes Ziel der Männerpartei Österreichs.

Im Familienrecht sieht Hannes Hausbichler, Vorarlberger Landesvorsitzender der Männerpartei, das wichtigste Handlungsfeld seiner Bewegung. Dabei zögen Männer oft ohne Eigenverschuldung den Kürzeren und würden emotional und auch existenziell schlechter gestellt. Die größten Probleme gebe es bei Fragen des Besuchsrechts, der Aufenthaltsbestimmung und der immer häufiger vorkommenden Vaterentfremdung der Kinder. So haben Männer laut Hausbichler mit erheblichen Vorurteilen zu kämpfen, wobei